



Liebe Genossinnen und Genossen, am 04.08. erschien in der Freien Presse ein Artikel über den Zwickauer Kreisverband und die vakante Stelle des dortigen Vorsitzenden. Dabei wurde, für einige sicher überraschend, mein Name genannt.

Um auszuführen, wie diese Situation und der darauffolgende Artikel zustande kam, möchte ich ein paar Zeilen an euch als Kreisvorstandsmitglied richten.

Ich habe dem Kreisvorstand in Zwickau im Juli meine Bereitschaft zur Kandidatur signalisiert. Vorausgegangen ist eine intensive Suche des Kreisvorstandes nach einer Nachfolge der beiden Kreisvorsitzenden. Leider blieb diese aus verschiedenen Gründen erfolglos. Das ist bei einer solch zeitaufwendigen ehrenamtlichen Tätigkeit nicht ungewöhnlich. Viele Genossinnen und Genossen, die für diese Stellen in Frage kommen, sind in unseren parteiinternen Strukturen zeitlich sehr gut ausgefüllt – neben dem täglichen Broterwerb, anderen wichtigen gesellschaftlichen Verpflichtungen und nicht zuletzt der Familie. Die Bereitwilligkeit zur ehrenamtlichen Tätigkeit nimmt zunehmend ab und verteilt sich, auch im demographischen Sinn, auf immer weniger Schultern. Dem stehen immer höher werdende Anforderungen an Vorstände und eine komplexere politische Gemengelage gegenüber. Beides bedingt sich häufig gegenseitig. Als Mitarbeiter von MdB Clara Bünger begleite ich den Kreisverband Zwickau und seinen Vorstand seit einiger Zeit – daher sind mir die dringenden Themen der Struktur und politischen Auseinandersetzung bekannt.

Unter anderem der angesprochene personelle Notstand. Nun drängt leider die Zeit. Im September muss der neue Vorstand in Zwickau, mit den Vorsitzenden, gewählt werden. Parallel befinden wir uns in ganz Sachsen in der Vorbereitung des Wahljahres 2024. Gleichzeitig müssen strukturelle Entscheidungen getroffen werden. Das alles fällt in eine sehr stürmische Phase unserer Partei, in der wir zusehen müssen, als Genossinnen und Genossen – als linke Kraft vereint zu bleiben. Eine Herkulesaufgabe, die wir nur gemeinsam stemmen können. Die Region Südwestsachsen und damit auch der Kreisverband Zwickau ist zu wichtig für das Gesamtergebnis unserer Partei, als das wir die Aufgabenstellungen unbeantwortet lassen können.

Was bedeutet das für den Kreisverband Erzgebirge? Im besagten Artikel wurde auch Rico Gebhardt befragt – er lässt mich eher schweren Herzens gehen. Bei einer Wahl zum Kreisvorsitzenden stehe ich dem Erzgebirge nicht mehr in vollem Umfang zur Verfügung. Dessen bin ich mir bewusst und nehme es, wenn auch sehr wehmütig, in Kauf. Trotzdem bin ich, ob wohnhaft oder durch meine Anstellung bei Clara, immer noch vor Ort. Also ganz werde ich nicht verschwinden. Mit einiger Verwunderung habe ich Stimmen wahrgenommen, die in diesem Angebot eine „Kaderpolitik“ und „Karriereschmiede“ sehen. Hier bin ich mir nicht sicher, ob die momentane Realität der Linkspartei wirklich angekommen ist.

**Fortsetzung auf Seite 2**

**Frank Dittrich**  
Leiter der AG Medien



## **Fortsetzung von Seite 1**

In einem Parteivorsitz stecken Arbeit und keine Sprungbretter. Ich habe eine linke Überzeugung. Dafür muss angepackt werden.

Nur ist das alles nichts wert, wenn wir – DIE LINKE. – nicht als Gemeinschaft zusammenarbeiten können und werden. Denn klar ist, frei nach Thälmann: Einen Finger kann man brechen aber fünf Finger sind eine Faust!

Nun wurde ich von der Freien Presse gefragt, ob ich für den Kreisvorsitz kandidieren werde. Ich habe mich für eine ehrliche und klare Antwort entschieden. Auch um zu zeigen, dass unsere Partei lebendig ist und Antworten auf schwierige Fragen findet. Und sei es ein Kreisvorsitz.

Der Kreisparteitag am 30.09. wird entscheiden, ob mein Angebot angenommen wird und ich als Kreisvorsitzender gewählt werde. Ich würde mich freuen, in Zwickau meine Arbeit für unsere Partei fortzuführen. Weiß aber auch bei euch, im Erzgebirge, eine Heimat.

## **Vom Kreisvorsitzenden**

### **In Verantwortung und Solidarität für unsere Partei DIE LINKE.**

In Verantwortung und Solidarität für unsere Partei DIE LINKE. So lautet die Überschrift einer Erklärung aller 14 sächsischen Landtagsabgeordneten, den 4 über die Landesliste der sächsischen LINKEN gewählten Bundestagsabgeordneten und der aus Sachsen stammenden Europaabgeordneten Cornelia Ernst. In dem Text stellen die Abgeordneten fest: „Wir sind alle von Mitgliedern der Partei DIE LINKE Sachsen nominiert worden. Wir erklären, dass wir im Fall einer Parteineugründung aus dem Umfeld von und mit Sahra Wagenknecht, Mitglied der Partei DIE LINKE und der jeweiligen dazugehörigen Fraktion bleiben. Natürlich ist unsere Partei nicht perfekt – wie im Übrigen andere Parteien auch nicht. Sie ist und bleibt aber unser politisches Zuhause – mit ihrem Pluralismus und unseren unterschiedlichen Herkünften. Wir kämpfen seit vielen Jahren für den Aufbau und Erhalt einer linken politischen Kraft, die für ein Leben aller in Menschenwürde eintritt.“

Wer schon einmal in einem Parlamentsausschuss saß, weiß, dass diese Arbeit Sisyphusarbeit ist. Jede und jeder von uns hat, wie alle Mitglieder einer demokratischen politischen Partei, innerparteilich und in der Gesellschaft dabei Niederlagen und Erfolge erlebt. So verschieden wie unsere Motivationen dafür waren und sind, uns in der Partei DIE LINKE zu engagieren, so verschieden sind die Lebensrealitäten der Menschen, die uns dafür ihre Stimme gegeben haben. Und so verschieden sind auch die Steine, die ihnen in den Weg gelegt werden. Diese Steine parlamentarisch und zivilgesellschaftlich für jene aus dem Weg zu räumen, die sie nicht selbst den Berg hinaufrollen können – zudem in einem Freistaat, in dem man sich sehr häufig im Widerspruch zum Zeitgeist befindet – ist die Aufgabe linker Politik: Damit die Stromrechnung bezahlbar bleibt, damit Arbeitnehmer\*innen im Betrieb mehr zu sagen haben, damit der Bus fährt, damit Einkommen der Eltern, Bildungsgrad, Hautfarbe, Geschlecht, sexuelle Orientierung oder der Pass nicht über die Möglichkeit für ein gelingendes Leben entscheiden, damit der Lohnzettel und der Rentenbescheid stimmen, damit Faschisten nicht unseren Rechtsstaat aushöhlen und wir auch in Zukunft noch ein intaktes Klimasystem haben. Damit es eine politische Kraft gibt, die gegen die traurige Einsamkeit des Marktes die einzig belastbare Alternative ins Feld führt: Solidarität. Das ist kein Alleinstellungsmerkmal von uns. In den Kreistagen, den Basisorganisationen, von den Landesarbeitsgemeinschaften über die Mitarbeiter\*innen in unseren Büros und Geschäftsstellen bis zu den „einfachen“ Mitgliedern, denen wir es als Partei in den letzten Monaten nicht immer einfach gemacht haben, ist das nicht nur der Kit, der uns zusammenhält, sondern die Aufgabe, die uns in unseren gemeinsamen Interessen und unseren Werten eint. Die Richtschnur jedes und jeder Abgeordneten sind die demokratischen Beschlüsse unserer Partei. Dazu in Einzelfragen abweichende persönliche Meinungen zu formulieren, ist legitim. Mit Ressourcen und Kapazitäten der Partei gegen die eigene Partei zu arbeiten, ist nicht legitim!

Das einzelne Mitglieder und Mandatsträger\*innen unserer Partei diesen Minimalkonsens aufbrechen und eine mit uns in kommenden Wahlen konkurrierende Partei gründen wollen, ist ihr Recht in einem demokratischen Staat. Es ist aber im Angesicht einer ernstzunehmenden faschistischen Gefahr und der notwendigen Umstellung unserer Produktion auf das, was unser Planet noch aushält, der falsche Weg. Es gibt mit der Partei die LINKE eine politische Kraft, die für soziale Gerechtigkeit, Frieden und die konsequente Verteidigung der Demokratie eintritt. Dafür, dass diese politische Kraft auch in Zukunft erfolgreich ist, werden wir weiterhin arbeiten.“ Ich bin allen Abgeordneten sehr dankbar, dass sie diese Erklärung alle persönlich unterschrieben haben. Ich habe gehört, dass es in anderen Landesverbänden auch Überlegungen gibt, solche Erklärungen zu verfassen. Es geht uns mit dieser Aktion darum, zu dokumentieren, dass wir großes gemeinsames Interesse an einer geeinten linken Partei haben.

### **Rico Gebhardt**

Kreisvorsitzender und Vorsitzender der Linksfraktion im Sächsischen Landtag

## **Aus dem Bundestag**

### **Sichere Herkunftsstaaten: Grüne knicken in der Asylpolitik erneut ein**

„Die Einstufung von Moldau und Georgien als sichere Herkunftsstaaten bedeutet eine dramatische Schwächung der Asyl- und Menschenrechte. Schon das Verfahren ist eine Zumutung: Die Tagesfrist des Innenministeriums für die Verbände zur Stellungnahme zum Referentenentwurf signalisiert das absolute Desinteresse der Ampel an sachverständigen und fachkundigen Einschätzungen zum Thema.

Es geht schlicht um die Durchsetzung einer vor allem auf Wunsch der FDP beschlossenen Symbolpolitik.

Im Koalitionsvertrag lässt sich die jetzt geplante Benennung weiterer sicherer Herkunftsstaaten nicht finden, umso unverständlicher ist das Einknicken der Grünen“, kommentiert Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag den bekannt gewordenen Referentenentwurf des BMI zur Einstufung von Georgien und Moldau als sichere Herkunftsstaaten. Bünger weiter:

„In Georgien und Moldawien gibt es ein erhebliches Sicherheitsrisiko für queere Menschen sowie eine systematische Diskriminierung von Roma. Die Einstufung der beiden Staaten als „sicher“ steht übrigens auch im Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Statt einer Beschleunigung der Verfahren und Beschränkung der Rechte der Betroffenen ist eine sorgfältige Prüfung der Einzelfälle angesagt. Mit der Einstufung ist zudem keine deutliche Verfahrensbeschleunigung zu erwarten: Schon jetzt werden die allermeisten Asylanträge von Menschen aus Georgien und Moldawien als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt - mit der Folge sehr eingeschränkter Rechtsmittel. Die Asylverfahrensdauer bei Asylsuchenden aus Moldawien bzw. Georgien mit 1,7 bzw. 2,9 Monaten (2022) ist extrem kurz. Statt weitere Länder als angeblich sicher zu bezeichnen, sollten mindestens der Senegal und Ghana schleunigst von der Liste wieder runtergenommen werden: Auch hier gibt es eine massive Verfolgung queerer Menschen. Die bereinigte Schutzquote von Asylsuchenden aus dem Senegal lag im letzten Jahr 2022 bei 16,4 Prozent. Statt permanente Rechtsverschärfungen in Deutschland und auf EU-Ebene mitzutragen, sollten sich die Grünen ihre Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag noch einmal vor Augen führen! DIE LINKE ist grundsätzlich gegen das Konzept sicherer Herkunftsstaaten, weil es ein Asylverfahren zweiter Klasse für Menschen aus bestimmten Ländern vorsieht.“

aus einer Pressemitteilung von

**Clara Bünger**

Mitglied des Bundestags



### Faeser will Überraschungsabschiebungen zur Norm machen!

„In dem Diskussionsentwurf des Bundesinnenministeriums zu verschärften Abschiebungen findet sich eine Gesetzesänderung, die bislang öffentlich noch nicht diskutiert wurde. Dabei wäre sie für viele geduldete Menschen eine Katastrophe: Sie müssten künftig, auch wenn sie schon länger in Deutschland leben, jederzeit mit einer Überraschungsabschiebung ohne jede Vorankündigung rechnen“, erklärt Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. Bünger weiter: „Bislang müssen Abschiebungen noch einmal angekündigt werden, wenn eine Duldung länger als ein Jahr erteilt wurde und diese wegen einer bevorstehenden Abschiebung widerrufen werden soll. Ein solches Vorgehen folgt meines Erachtens zwingend aus dem Rechtsstaatsprinzip und dem Grundsatz der Menschenwürde, denn die Betroffenen leben meist seit Jahren in Deutschland, sie gehen womöglich einer Arbeit nach und haben eine Wohnung angemietet, es bestehen Freundschaften und Beziehungen, Kinder gehen zu Schule und sind längst angekommen. Solche Menschen ohne Vorankündigung aus ihrem Leben herauszureißen und abzuschieben, ist unmenschlich und unverantwortlich. Für Kinder bedeuten Abschiebungen ein traumatisches Erlebnis, darüber hinaus stellt die geplante Änderung auch einen Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention dar.“

Die formelle Begründung, dass den Betroffenen vor Jahren eine Abschiebung angedroht wurde, falls sie nicht ausreisen, trägt nicht: Häufig werden die Menschen trotzdem über Jahre hinweg geduldet, zumeist, weil sie aufgrund der Lage in ihrem Herkunftsland einfach nicht abgeschoben werden können, etwa nach Afghanistan. Geradezu empörend ist die Begründung der Neuregelung: Abschiebungsankündigungen seien eine zusätzliche ‚Belastung der Ausländerbehörden‘ - von der enormen Belastung einer überfallsartigen Abschiebung für die Betroffenen ist hingegen keine Rede.

Die Sozialdemokratin Nancy Faeser setzt offenbar alles daran, ihren Hardliner-Vorgänger Horst Seehofer in der Debatte um immer weitere Abschiebungsverschärfungen noch zu übertreffen. Dabei können Abschiebungen kein Bestandteil einer humanen Asylpolitik sein und mit der geplanten Neuregelung würde die Bundesregierung die Grundprinzipien unseres Rechtsstaats grundsätzlich verlassen.“

Pressemitteilung von  
**Clara Bünger**  
Mitglied des Bundestags



## Aus dem Landesverband

### Abstimmungskommission informiert: Bewerbungen für Spitzenkandidatur zur Landtagswahl liegen vor

Am 5. Mai hatte DIE LINKE. Sachsen den Prozess zur Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 2024 gestartet. Nun informierte die Abstimmungskommission den Landesvorstand über den Stand der Bewerbungen. Der Landesvorstand der sächsischen LINKEN hatte bereits am 5. Mai beschlossen, dass die Partei mit zwei Personen als Spitzen-Duo in die Landtagswahl 2024 gehen soll. Im Falle von mehr als zwei Bewerbungen sollte es zum Mitgliederentscheid kommen. Im Falle von zwei Kandidaturen würde ein Mitgliederentscheid ausgespart, um Ressourcen zu sparen. Das hatte der letzte Landesparteitag von DIE LINKE. Sachsen beschlossen. Frist für die Bewerbungen war Montag, der 21. August um 15:00 Uhr. Auf der Sitzung des Landesvorstands von DIE LINKE. Sachsen hat die Abstimmungskommission nun über die Bewerbungen informiert. Eingegangen sind die Bewerbungen der beiden Landesvorsitzenden Stefan Hartmann und Susanne Schaper. Über die Nominierung der Spitzenkandidaturen entscheidet damit der Landesparteitag, der vom 3. bis 5. November in Chemnitz stattfinden wird. Die Wahl der Landesliste zur Landtagswahl möchte der Landesverband nach derzeitigem Planungsstand am Wochenende vom 12. bis 14. April 2024 durchführen. Landesgeschäftsführer Lars Kleba sagt dazu: „Wir sind damit wie geplant einen Schritt weiter im Prozess auf die Vorbereitung der kommenden Landtagswahl. In das Wahljahr 2024 wollen wir geeint, schlagkräftig und mit einem überzeugenden Programm für ein soziales und zukunftsfähiges Sachsen gehen. Die sozialen Verwerfungen im Land sind enorm und entsprechend groß unsere Verantwortung.“

Termine in Vorbereitung der Wahlen 2024

1. November 2023, 10:00 Uhr: Pressegespräch vor dem Landesparteitag

3. – 5. November 2023: 1. Tagung des 17. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen in Chemnitz

17. bis 19. November 2023: Bundesparteitag DIE LINKE in Augsburg

12. – 14. April 2024: Landesparteitag (Beschluss Landtagswahlprogramm) und LandesvertreterInnenversammlung (Aufstellung Landesliste), voraus. in Bautzen (Achtung: nur derzeitiger Planungsstand)

## Wichtige Informationen

### Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE.Erzgebirge

28.10.2023

9:00 Uhr

Veranstaltungsort „Die Burg“ in Ehrenfriedersdorf

Wahlen:

Kreisvorstand

Bundesparteitag

Vertreterinnenversammlung für die Europawahl  
Landesseniorenkonferenz

Wahl von Vertreter/innen für die besondere Vertreter/innenversammlung der Partei DIE LINKE (Landkreisvertreter/innenversammlung) zur Aufstellung von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern für die Wahlen zu den kommunalen Vertretungskörperschaften im Jahr 2024

Die Einladung erfolgt im Oktober

Bericht aus dem Kreisvorstand

Der Kreisvorstand tagte am 22.08.23 in einer Videokonferenz.

Schwerpunkt der Sitzung war die Vorbereitung unserer Gesamtmitgliederversammlung am 28.10.2023.



### 15 Jahre Erzgebirgskreis – einige Anmerkungen (Unter der Losung: Gemeinsam bewegen wir das Morgen)

Die Reden sind gehalten, die Würdigungen abgearbeitet und eine App kann installiert werden. 4 Kreise wurden vor 15 Jahren zum ERZ zusammengeschlossen; jeder brachte seine Eigenheiten, Persönlichkeiten und Wunschvorstellungen mit ein.

Vieles wurde übernommen: u.a.

das Bergbaumuseum aus dem Landkreis Stollberg,

das Theater aus dem Landkreis Annaberg, das Fußballstadion aus dem Landkreis Aue/Schwarzenberg,

die Baldauf Villa aus dem Landkreis Mittleres Erzgebirge und

vier kommunale Krankenhausstandorte, Berufssowie Förderschulen und Verwaltungsgebäude. Es wurde nichts abgestoßen sondern als Potential gesehen.

Wir sind Welterbe und pflegen, ja betonen unsere Traditionen.

Und trotzdem dürfen die kritischen Stimmen nicht überhört werden.

Warum bleibt jemand im Erzgebirge wohnen oder kommt zurück? Vorrangig weil hier gute Arbeit und guter Verdienst vorzufinden sind, eine ländliche Infrastruktur das Leben effektiv begleitet und Kultur sowie Freizeitgestaltung das Leben bereichern.

Nur stimmt dies bereits?

Viele Wünsche sind hier noch offen.

Unsere alte Forderung einer bürgernahen Kreisverwaltung betrifft zumindest die Kfz-Zulassungsstellen. Aber was noch?

Bearbeitungszeiten auf sozialem Gebiet, die nicht zu akzeptieren sind, weiterer Bevölkerungsrückgang, Unzufriedenheit unter der Bevölkerung.

Nicht das Morgen muss bewegt werden sondern die Gegenwart.

**Frank Dahms**

Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag Erzgebirge

### Gedankensplitter an einem Julitag

*Aus redaktionellen Gründen wird der Text erst jetzt veröffentlicht.*

Endlich ist es nicht mehr so heiß und die Lust am Schreiben findet sich wieder ein. Schlagzeilen gibt es ja jetzt in Masse. Die Hitze-welle in Südeuropa verbunden mit der Klimakrise, der Ukraine – Krieg, die Krankenhausreform etc. Fang ich doch einmal mit der vom Menschen gemachte Klimakrise und deren Auswirkungen an. Durch eine unvernünftige Lebensweise in den vor allem westlichen Ländern spitzt sich die Klimakrise immer mehr zu. Die Auswirkungen spüren doch eigentlich alle:

- Waldbrände nicht nur im Mittelmeerraum. Wo sich die beliebtesten Urlaubsziele unserer Menschen befinden, nein, auch bei uns im Land häufen sich Waldbrände.
- Landwirtschaftliche Handelsartikel ( z.B. Gurken aus Spanien) sind teurer geworden.
- Aussetzender Regen fördert die Wasserknappheit. Auch bei uns im Erzgebirgskreis gilt jetzt ein Schöpfverbot.
- Die Ostsee wird immer wärmer. Schön für die Urlauber aber schlecht für die Fischpopulation. Soweit zu einigen Auswirkungen. Die Liste könnte man ellenlang weiterführen. Was man dagegen tun kann? Sicherlich vieles. Aber da regt sich oftmals Widerstand, nicht nur von der Bevölkerung ( Windradbau ) sondern auch von der Wirtschaft ( Tempolimit auf Autobahnen und Forderungen zum weiteren Ausbau dieser ). Muss denn wirklich alles auf den Autobahnen transportiert werden? Es gab in den 70 er und 80 er Jahren ein gut ausgebautes Containernetzwerk. Viele Betriebe hatten einen Gleisanschluss. Aber es gilt ja heute die Devise Just in Time. Heute bestellen – morgen da sein. Eine Lagerhaltung findet nicht mehr statt. Die Betriebe sparen auf Kosten der Umwelt. So kann es nicht weiter gehen. Ich sah dieser Tage im Österreichischen Fernsehen einen Beitrag der sich mit der Abschaffung der Km – Pauschale beschäftigte. In der BRD ist so eine Diskussion undenkbar.

**Herbert Schönherr**

### Es geht um unsere Zukunft – Sind wir noch zu retten?!

„Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht!“ Warum fallen mir diese Worte Heinrich Heines in seinen „Nachtgedanken“ von 1844 ein, wenn ich an den gegenwärtigen Zustand unserer Partei denke? Es liegt auf der Hand – eine Spaltung der Linken ist nicht mehr ausgeschlossen. Spätestens nach der Rede von Sahra Wagenknecht im Deutschen Bundestag am 8. September 2022 sind viele Mandatsträger und die Parteispitze auf Abstand gegangen. Man sagte, es sei keineswegs eine von der Mehrheit der Parteimitglieder getragene Meinung, die Sahra Wagenknecht da vorbrachte, sondern lediglich ihre Eigene. Aus meiner Sicht war die Rede gleichermaßen faktenbasiert und emotional berührend, in jedem Fall rhetorisch herausragend. Endlich sprach mal jemand aus dem linken Lager laut und deutlich all das an, was in diesem Land so eklatant schief läuft, etwa die pure Existenzangst ungeheurer vieler Menschen aufgrund der durch die Politik der Ampel unter Federführung der Grünen angeheizten Inflation und der extremen Energiekosten, die von vielen nicht mehr zu bezahlen sind. Auch die Wirtschaft ächzt allerorten unter den Extrembelastungen. Es stehen Millionen Arbeitsplätze auf dem Spiel und damit ist das Bestehen unseres Sozialstaates in größter Gefahr. Sahra machte auch, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, den katastrophalen Zustand der deutschen Außenpolitik deutlich. Die Ampel mit ihrer grünen Außenministerin befindet sich im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine auf einem kompletten Irrweg. An diplomatische Bemühungen zur Befriedung des Konflikts – an dessen Eskalation übrigens die NATO, allen voran die USA, nicht schuldlos ist – denkt bei der Ampel offenbar niemand. Dafür werden immer größere, schwerere und tödlichere Waffen an die Ukraine geliefert. Und alles, was Herr Selenskyj fordert, wird früher oder später geliefert. Die damit einhergehende Eskalation des Konflikts wird unbekümmert in Kauf genommen. Waffen sollen angeblich Menschenleben retten. Welcher Zynismus.

Erst in den letzten Tagen habe ich mit einem guten Bekannten gesprochen, der seit der Wende zu unseren Stammwählern gehört. Er erklärte mir, dass er unsere Partei nicht mehr wählen können wird, da außer Sahra Wagenknecht bei den Linken im Grunde niemand mehr willens sei, wirklich den Mund aufzumachen. Davon, eine echte Oppositionspartei zu sein, seien wir weit entfernt. Die Zerstrittenheit in unserer Partei und der Umgang mit Sahra sind auch aus meiner Sicht eine einzige Katastrophe. Es wird schon laut darüber nachgedacht, was passiert, sollte Sahra Wagenknecht tatsächlich eine eigene Partei gründen. Das Bekenntnis der Abgeordneten der Linken im Sächsischen Landtag, der Landesgruppe Sachsen der Linksfraktion im Bundestag und der sächsischen Europaabgeordneten, auf jeden Fall Mitglieder der Partei „Die Linke“ und den jeweils dazu gehörenden Fraktionen zu bleiben, vermittelt den Eindruck, dass man sich mit einer so fatalen Spaltung der Linken bereits abgefunden hat. Wie wir in unserer Partei mit Sahra Wagenknecht umgehen, trifft bei einem nicht unerheblichen Teil unserer Wähler, Mitglieder und Sympathisanten auf Unverständnis. Sahra kann wirklich Menschen für unsere Sache, für unsere Partei begeistern.

Daher muss und wird eine solche Spaltung der Linken unserer Partei extremen Schaden zufügen. Profitieren wird davon nur der politische Gegner, vor allem von rechts außen. Wir haben bei der letzten Bundestagswahl keine 5% der Zweitstimmen erringen können. Bei einer Spaltung wird unser Stimmenanteil signifikant sinken. Wer wollte Anderes prognostizieren? Das Gebot der Stunde lautet Einigkeit. Der Streit mit Sahra muss beendet werden und zwar auf die Art, dass Sahra sich wieder voll einbringen kann und damit die Gründung einer eigenen Partei überflüssig wird. Ich rufe in unserer Partei allen, die guten Willens sind, zu: Lasst uns eine Spaltung verhindern. So, wie wir jetzt oft agieren oder eben nicht, sind nicht Wenige der Meinung, dass man gut und gern auf uns verzichten kann!!!

**Bernd Zimmermann**

# Ein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen

Tiefbewegt und voller Schmerzen,- für uns alle unfassbar haben wir die Nachricht entgegen genommen, dass 12. Juli 2023 unser Genosse Wolfram Dittmann verstorben ist.

Wir können es noch gar nicht begreifen, dass unser Ditti nicht mehr unter uns ist. Wir trauern in diesen schweren Stunden gemeinsam mit seiner Ehefrau Marianne und den Kindern sowie allen Verwandten und Freunden. Wolfram war für uns ein immer ehrlicher, hilfsbereiter und streitbarer Genosse. Er hat durch seine Art die Parteiarbeit im Ortsverband sowie im gesamten Kreis beeinflusst und im positiven Sinne immer mitgestaltet. Als Mitglied in vielen Kommissionen der Kreisparteitage und Gesamtmitgliederversammlungen hat er seine Erfahrungen eingebracht und die Arbeit mitgestaltet, Er war uns dabei eine große Hilfe und wir konnten uns auf ihn verlassen. Als langjähriger Stadtrat in der Linken Fraktion im Schwarzenberger Stadtrat hinterlässt er großen Eindruck bei allen Abgeordneten. Seine Auffassungen, Redebeiträge und kritischen Bemerkungen waren immer geprägt von den Zielen und der Programmatik unserer Partei. Ganz besondere Verdienste und Anerkennung erwarb er sich bei der Gestaltung und Herausgabe unserer Kreiszeitung „Die Brennessel“ und die „Linke im ERZ Kreis“. Über Jahrzehnte hat er unermüdlich mit großem Eifer und der notwendigen Energie diese, unsere Zeitung, jeden Monat herausgebracht. Dafür gilt ihm besonderer Dank und Anerkennung.

Lieber Ditti, wir danken dir von ganzen Herzen was du für die Partei getan hast.

Wir werden ihn nicht vergessen und ihn immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

**Hubert Protzel**



## Demokratie braucht Opposition

# BRENNESSEL

Ausgabe 135 Monatsjournal der PDS Aue/Schwarzenberg September 2003



### Verlassen vom Sommer

und anderen guten Geistern komme ich mir manchmal vor. Es wird wieder kühler in Deutschland. Viele Menschen aus meinem Bekanntenkreis blicken voller Sorgen in die Zukunft. Dabei liegen viele Probleme auf dem Tisch, welche eigentlich sofort erledigt werden müssten. Sie suchen nach Arbeit und nicht nur nach einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung, nach Freunden, Kindern. Und hoffen, dass es nicht so kommt, wie die Politik es zur Zeit aus allen Kanälen für das nächste Jahr ansagt. Wir warten ja schließlich ganz still auf die Vorgaben aus Berlin, gespannt, was so alles an Gesetzen unser Älterwerden regeln soll. Dabei sollen nur die anderen protestieren und auf die Straße gehen, wir ändern ja nichts. Und warum ziehen wir als Arbeitssuchende eigentlich nicht alle innerhalb kurzer Zeit in die westliche Richtung, mal abwartend, was dann hier geschieht? Vielleicht ist so ein Beitrag für die heutige Spaß- und Fun-Gesellschaft möglich. Viel Spielraum bleibt einem großen Teil der Bevölkerung ja nicht. Oder die Politik denkt über Lösungen nach, welche menschlich sein könnten. Wie wird der Herbst? Ich hoffe, etwas windiger.

Wolfram Dittmann